

„Wer braucht schon Gewerkschaften?“

Mit dieser Fragestellung offenbarte im letzten Jahr ein ranghoher sächsischer Polizeiführer (Name ist der Redaktion bekannt) seine eigenwillige Auffassung von Demokratie. Anders sieht das offenbar unser Bundespräsident, der erst kürzlich auf dem 26. Bundeskongress der GdP meinte: „Gewerkschaften gehören zu den wichtigsten Stiftern des gesellschaftlichen Zusammenhalts.“

Was nun? Brauchen wir Gewerkschaften? Wer braucht sie?

Lasst uns darüber nachdenken. Schauen wir, wie Gewerkschaften entstanden sind, welche Aufgaben sie heute erfüllen und warum sie absehbar nicht zu entbehren sind.

Die ersten Arbeitervereine als Vorgänger der Gewerkschaften entstanden in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts. Es war dies eine Phase ungläublicher Ausbeutung. Die Menschen waren in den neu entstandenen Fabriken nahezu rechtlos. Sie arbeiteten 14 bis 16 Stunden zu Hungerlöhnen und lebten daher auch unter entsetzlichen Bedingungen. Mit der Unzufriedenheit über die Lage der Arbeiter wuchs das Bewusstsein darüber, dass kollektive Gegenwehr nötig und möglich ist. Örtlich begrenzten Aufständen und Streiks folgte schließlich der Zusammenschluss. Mit dem „Nationalen Buchdrucker-Verein“ und der „Assoziation der Zigarren-Arbeiter“ erfolgten 1848 die ersten deutschen Gewerkschaftsgründungen, die jedoch umgehend verboten und ihre Führer Opfer politischer Verfolgung wurden. Doch die Idee war nicht mehr aufzuhalten. Die Arbeiterbewegung politisierte sich zunehmend. Im Laufe der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts bildeten sich in nahezu allen Branchen Gewerkschaften aus. Auch der Ruf nach einem Dachverband wurde bereits damals laut. Dass sich auch Staatsdiener organisieren, war zunächst im preußischen Obrigkeitsstaat undenkbar. In den 1920-er Jahren entstand schließlich mit der GdP-Vorläufer-Organisation, dem „Verband preußischer Polizeibeamter

e. V.“ (auch nach seinem Vorsitzenden „Schrader-Verband“ genannt) die erste Berufsvertretung in der deutschen Polizei.

Von Anfang an stand die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen als vornehmste Aufgabe in den Statuten der Gewerkschaften. Aber auch der Einsatz für Demokratie, Mitbestimmung und Menschenrechte steht früh

auf der Agenda. Es ist zu großen Teilen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterbewegung zu danken, dass sich bei uns schließlich ein Modell des demokratischen Sozialstaats durchsetzen konnte. Die Liste des Erreichten ist lang: wachsende Einkommen, Fünf-Tage-Woche, Acht-Stunden-Tag, Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, dynamische Renten, Mitbestimmung im Betrieb ...

Nichts davon ergab sich von allein, alles musste – zum Teil in Jahrzehnten – erkämpft werden.

Wer in der sächsischen Polizei nach Beispielen für erfolgreiches Gewerkschaftshandeln sucht, sei an die Angleichung der Gehälter an das Westniveau, die Wiederherstellung einer verfassungskonformen Alimentation nach Streichung der Sonderzulage oder den Stopp des Stellenabbaus erinnert. Es waren die Gewerkschaften, die Interessen kollektiv vertraten und durchsetzten.

Doch dies ist nicht das Ende der Geschichte, wie wir wissen. Alle Errungenschaften sehen sich laufend Angriffen der Gegenseite ausgesetzt. Statt des weiteren Ausbaus des Sozialstaats stand zuletzt häufig die Verteidigung des Vorhandenen auf der Tagesordnung. Manches, was viele



Bernd Rudolph

längst für selbstverständlich halten, steht plötzlich in Frage. Wochen- und Lebens-Arbeitszeiten sollen ausgedehnt, Mitbestimmung soll eingeschränkt werden, demokratische Rechte sind bedroht. Kräfte drängen nach der Macht, die den demokratischen Rechtsstaat durch autoritäre Staatsformen ersetzen, die das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen.

Nicht ohne Grund sehen solche Leute in Gewerkschaften den Feind.

Es ist unumgänglich, sich die Geschichte der Arbeiterbewegung, die mühe- und opfervolle Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der lohnabhängig Beschäftigten sowie die Durchsetzung unseres Sozialstaatsmodells immer wieder bewusst zu machen.

Und, dass nichts von allein kam und kommen wird. Auf sich selbst gestellt bewirkt man – wenn es darauf ankommt – wenig bis nichts. Nur gemeinsam zu kämpfen und eine starke Organisation im Rücken zu haben, führt zum Erfolg.

Aus diesem Grund brauchen wir weiterhin mächtige Gewerkschaften. Heute und morgen vermutlich mehr denn je!

Bernd Rudolph

Bitte beachten:

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Sachsen, Ausgabe **Mai 2019**, war der **29. März 2019**, für die Ausgabe **Juni 2019** ist es der **3. Mai 2019** und für die Ausgabe **Juli 2019** ist es der **31. Mai 2019**.

Hinweise:

Das Landesjournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die sächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht.

Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Die Redaktion

Rund um den 8. März

Der Vorstand der Frauengruppe der Gewerkschaft der Polizei (GdP) setzt sich auch in diesem Jahr wieder aktiv für die Belange der Frauen ein. So wurden zur Vorstandssitzung Anfang Februar die weiteren Aktivitäten für 2019 geplant. Stellvertretend zu nennen sind die Teilnahme an Kundgebungen im Zusammenhang mit den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder, an Sitzungen und Veranstaltungen des Bezirksfrauenausschusses Sachsen, des Bezirksfrauenrates der Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), der DGB-Frauen Chemnitz sowie der Chemnitzer Fraueninitiativen.

gegebenem Anlass am 8. März einen kleinen Dankeschön-Nachmittag für den Vorstand und seine Ansprechpartnerinnen in der Heyde Keramik Jahnsdorf. In den Herstellungsräumen konnten wir alle Handgriffe vom Töpfern über das Bemalen und Glasieren bis hin zum Brennen hautnah miterleben. Wir lernten, wie viel Fingerfertigkeit erforderlich ist und welche Gebrauchseigenschaften das sächsische Steinzeug ausmacht.

Eine riesige Auswahl an Töpferwaren gab es in der Werkstatt und in den Verkaufsräumen zu bewundern. Das eine oder andere Stück wechselte als Mitbringsel den Besitzer.



Foto: Carmen Kliem

Wir engagieren uns u.a. für die Kampagne zur Einführung eines gesetzlichen Anspruchs auf Bildungszeit und für ein neues modernes Gleichstellungsgesetz für Sachsen. Frauenrechte und Gleichstellung der Geschlechter standen auch am 8. März im Mittelpunkt.

So folgten wir den Einladungen unserer Staatsministerin für Gleichstellung und Integration Petra Köpping zur Festveranstaltung anlässlich des Internationalen Frauentages in den Sächsischen Landtag am 9. März und des DGB Sachsen zur zentralen Frauentagsveranstaltung am 16. März.

Die Vorsitzende unserer Frauengruppe Gabi Einenkel organisierte aus

Die Verbindung von Tradition und Moderne beeindruckte uns sehr. Bevor wir unseren Nachmittag mit einem leckeren Essen im Töpfer-Cafe gemütlich ausklingen ließen, konnte sich jede Kollegin einmal selbst kreativ betätigen. Aus einem Klumpen Ton galt es, nach eigenem Gusto etwas Schönes zu kreieren. So entstanden in kurzer Zeit Mäuse, Schildkröten und Kerzenhalter. Nach dem Brennen im Ofen und einer Ruhezeit erhalten wir in drei Wochen unsere kleinen Kunstwerke zurück und sind jetzt schon sehr gespannt.

Carmen Kliem



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Sachsen**

Geschäftsstelle:
Sachsenallee 16
01723 Kesselsdorf
Telefon: (035204) 68711
Telefax: (035204) 68750
Internet: www.gdp-sachsen.de
E-Mail: gdp@gdp-sachsen.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Sozialwerk der Polizei
Telefon: (035204) 68714
Telefax: (035204) 68718
Internet: www.psw-service.de
E-Mail: psw@psw-service.de

Redaktion:
Matthias Büschel (v.i.S.d.P.)
Scharnhorststr. 5, 09130 Chemnitz
Telefon: (dienstlich) (0371) 3 87-20 51
Fax: (dienstlich) (0371) 3 87-20 55
E-Mail: Redaktion@gdp-sachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZIELITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 1. Januar 2019

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2801



DURCHLESEN! HINSETZEN!! MITMACHEN!!!

Eine freundliche, aber strenge Bitte zur Beteiligung an der Mitarbeiterbefragung der Polizei Sachsen

2005 fand der neue Innenminister, Dr. Albrecht Buttolo, bei seinem Antrittsbesuch beim Polizei-Hauptpersonalrat unseren Vorschlag, eine Betriebsklimastudie in der sächsischen Polizei vorzunehmen, nicht schlecht. Er wurde damals von seiner Staatssekretärin zurückgepfiffen, die das ganze abbügelte. Jeder wusste, was rausgekommen wäre, wenn die Polizeibesetzten zu Beginn des Stellenabbaus und verschiedener Polizeireformen nach ihrer Meinung gefragt worden wären. Klimaforschung war damals eben noch zu avantgardistisch für das Innenministerium.

10 Jahre später stellte der Landtag Geld für eine Befragung zum betrieblichen Gesundheitsmanagement im Haushalt zur Verfügung. Und da Gesundheit und Betriebsklima zusammen hängen, konnte sich das Innenministerium nicht mehr wegducken. Anfang 2017 startete die ministerielle Projektleitung als Tiger und legt nun ruckzuck nach fast 2 ½ Jahren seinen Bettvorleger aus. Vieles Versprochene wurde nicht gehalten, vieles Mögliche nicht gewagt. Aber entscheidend ist, dass das Tigermuster noch erkennbar ist. Und deshalb...



Attacke!

Auf zur ersten Mitarbeiterbefragung der sächsischen Polizei!



3 Gründe, warum du an der Mitarbeiterbefragung teilnehmen musst

1.) Es ist DEINE Polizei.

Zu oft besteht der Eindruck, dass sich Führung die Welt zu schönredet. Oder vielleicht reden sich die Gewerkschaften die Welt zu schlecht? Keiner weiß es. Wir brauchen dich, damit alle wissen, wie es tatsächlich ist. Du bist es, der Spekulationen zu Fakten machen kann.

2.) Je höher die BETEILIGUNG, desto nützlicher die Ergebnisse.

Die niedersächsische Polizei und auch die Deutsche Bahn habe so etwas schon gemacht. Dort sollen es ca. 40% Beteiligungsquote gewesen sein. Je weniger teilnehmen, desto eher wird das Innenministerium bei ungünstigen Werten in Frage stellen, ob die Umfrage wirklich repräsentativ war.

3.) Wir müssen MITREDEN zu etwas ganz Normalem machen.

Beteiligung ist Führungsgrundsatz und Demokratiebestandteil. In der Praxis ist das Mittel der Mitarbeiterbefragung aber noch kein fester Bestandteil. Offene Kritik nach oben üben, ist nicht überall Bestandteil unserer Organisationskultur. Defizite werden aus Angst vor politischer Skandalisierung weggeredet.

+++ NIMM TEIL! +++ SEI STOLZ AUF DICH, WEIL DU TEILGENOMMEN HAST! +++ NERV ANDERE, BIS SIE TEILNEHMEN! +++ REDE DARÜBER

Du findest die Umfrage im ePolSax. Sie ist nicht immer soooooo gefällig in der Gestaltung, aber lass dir die Lust nicht nehmen. Du kannst selbstverständlich die Dienstzeit für die Umfrage nutzen. Sollte es damit Probleme geben, wende dich an deinen Personalrat. Du kannst nach einzelnen Abschnitten zwischenspeichern. Bitte halte durch. Viele spannende Fragen kommen erst weit hinten. Du bleibst anonym. Das haben wir für dich gecheckt.

Du hast 1 Stunde deines Lebens schon für weniger Nützlichtes geopfert :-)

Was fehlt uns? Ziel war es, von Anfang bis Ende ein Institut zu beauftragen, das die Umfrage professionell durchführt und auswertet. Stattdessen hat man dem PVA Ressourcen gestohlen, um selbst rumzudoktern. Erst zum Schluss mischt jetzt nach Ausschreibung ein Profi mit. Gänzlich vermasselt hat man die Chance auf Transparenz der Ergebnisse. Wir wollten, dass alle Ergebnisse, jedem zur Verfügung stehen (Bsp. VPI Leipzig guckt sich die vergleichbaren Ergebnisse der VPI Dresden an). Auch kombinierte Recherchen sollte für Beschäftigte in einer Reportingplattform möglich sein (Bsp. Auffassung in einer Frage von jungen Frauen im Wechselschichtdienst vs. reifere Herren im Wechselschichtdienst. Der alte Landespolizeipräsident befand: Dafür ist die Polizei noch nicht reif! Krass!!!



Interview mit „Die Blauen“

Peer Oehler: Die Interviewreihe ist von uns in alphabetischer Reihenfolge konzipiert worden, damit sich keiner beschwert. Das heißt, „Die Blauen“ sind nach der „CDU“ und vor „Die Linke“ dran. Aber jetzt frag ich erstmal: Heißen Sie noch die Blaue Partei?

Dr. Frauke Petry: Selbstverständlich, auch wenn man versucht hat, uns den Namen streitig zu machen. Wir haben den Parteinamen offiziell beim Bundeswahlleiter registrieren und dort auch genehmigen lassen. Zum anderen haben wir ihn, rein formell, als Marke angemeldet. Parteien tun das, um damit T-Shirts, Kalender und was auch immer mit ihrem Logo oder ihrem Namen als Marke vertreiben zu können. Nur waren wir bei der Anmeldung ein bisschen spät dran und die AfD hat 12 Tage vor uns „Die Blauen“ als Marke eintragen lassen.

Peer Oehler: Das Landgericht München hat der AfD-Forderung, dass Sie das Markenrecht an „Die Blaue Partei“ nicht beanspruchen können, Recht gegeben.

Dr. Frauke Petry: Und wir sind gegen dieses erstinstanzliche Urteil in Berufung gegangen. Das Gericht hatte gesagt, dass die AfD 12 Tage schneller mit ihrer Markenmeldung war. Es gibt aber in der Markengesetzgebung einen sehr sinnvollen Paragraphen. In etwa sagt er: Wenn man eine Marke anmeldet, um damit die Konkurrenz zu schädigen und zu behindern, dann wird diese Markenmeldung unwirksam. Und jetzt werden wir nachweisen, dass es sich dabei um genau eine solche böswillige Markenmeldung handelt. Es ging nie darum, dass die AfD gern plötzlich die blaue Partei sein wollte, sondern es ging ausschließlich darum, Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen.

Peer Oehler: Trotzdem ist mir der Unterschied zwischen der Blauen Partei und der Blauen Wende noch nicht so ganz klar. Erhellten Sie mich!

Dr. Frauke Petry: Das ist viel einfacher als Markenrecht. Wir haben uns ja Gedanken gemacht, als wir in die Politik eingestiegen sind. Der Antrieb war immer, die parlamentarische Demokratie ein bisschen besser funktionieren zu lassen. Deswegen entstand die grundsätzliche Idee, nicht einfach

nur mal wieder eine neue Partei zu gründen, sondern dafür zu sorgen, dass am Ende der Bürger wieder mehr zu sagen hat. Das Grundübel der Parteiendemokratie ist doch, dass die Parteien ihren Verfassungsauftrag, den politischen Willen mitzubestimmen, wie es im Grundgesetz heißt, nach meiner Auffassung weit überdehnen. Sie bestimmen ihn nicht nur mit, sie dominieren ihn und daneben findet, abgesehen von der kommunalen Ebene, Politik im Grunde nicht mehr statt. Der Einfluss von Nichtparteimitgliedern – das sind fast 99 % der Bevölkerung – fällt dabei im Grunde hinten runter. Außerhalb von Wahlen sowie so, aber auch letztlich im Rahmen von Wahlen, weil die Zahl derer, die am Ende darüber entscheiden, wer für ein Parlament aufgestellt wird, ja auch maximal die Zahl der Parteimitglieder

Das können wir rein rechtlich nicht anders machen. Ich wünschte, es ginge anders. Wenn ich das Wahlgesetz ändern könnte, würde ich dafür sorgen, dass überall auch freie Bürgerlisten oder eben auch Wahlvereinigungen antreten dürften. Und so stellen wir für den Landtagswahlkampf 2019 und dann für die Bundestagswahl 2021 auch Kandidaten, die nicht zwangsläufig aus der Blauen Partei kommen müssen.

Peer Oehler: Also wird die Parteiendemokratie jetzt in die Zange genommen. Frauke Petry und die „Blaue Wende“ auf der einen und die Bewegung „Aufstehen“ ehemals von Sahra Wagenknecht auf der anderen Seite?

Dr. Frauke Petry: Ich wünschte, Sahra Wagenknecht hätte es konsequent getan. Die Idee ist tatsächlich die gleiche, ohne dass ich mich mit ihr ausgetauscht hätte. Aber Sara Wagenknecht hat leider zu große Angst gehabt, daraus eben eine wählbare Alternative zu machen. Denn wählbar ist „Aufstehen“ nicht.

Peer Oehler: Und inhaltlich scheint es ja auch einen Unterschied zu geben?

Dr. Frauke Petry: Ja, ja, logisch! Es gibt sicherlich auch Gemeinsamkeiten, die hab ich auch nie versteckt. Also das Thema

„Sozialstaat erhalten“ ist eines, das sicherlich Konservative und Linke gleichermaßen antreibt – dessen konkrete Ausgestaltung sei dabei mal dahingestellt. Denn Frau Wagenknecht hat als eine von sehr wenigen Linken verstanden, dass Sozialstaat ohne funktionierende Grenzen nicht finanzierbar ist. Daneben unterscheiden sich natürlich die Ansichten, was das Wirtschaften und das Verteilen angeht, fundamental voneinander. Ich sage: Lasst den Bürger frei, minimiert den Staat auf seine Kernaufgaben: innere Sicherheit, äußere Sicherheit, Infrastruktur und Bildung. Dann haben wir all das, was wir brauchen und Bürger sind mündig genug, ihr Leben selbst zu gestalten. Das ist sicherlich keine linke Idee, das ist eine klassisch rechte Idee.

Peer Oehler: Kein Problem damit, dass Wikipedia sagt: „Die Blaue Partei ist eine rechtskonservative, nationalkonservative und wirtschaftsliberale Partei“?

Dr. Frauke Petry: Völlig in Ordnung.



ist. Und selbst die ist es nicht, es sind am Ende wenige davon, maximal die Delegierten. Und deswegen haben wir gesagt, wenn wir jetzt einfach nochmal nur eine neue Partei gründen, weil sich die AfD inzwischen strukturell in die gleiche Richtung entwickelt hat, macht das keinen Sinn. Wir brauchen ein Forum, wo Nichtparteimitglieder ihren Willen einbringen können. Und das ist die Blaue Wende. Die Blaue Wende ist im Grunde genommen das Vorfeld der Blauen Partei, deswegen auch die Namensgleichheit. Wende ist eine sehr gute Bezeichnung, für das, was wir meiner Ansicht nach in der gesamten westlichen Welt in unseren Demokratien brauchen. Dort requirieren wir unsere Ideen, dort testen wir auch unser Programm, dort diskutieren wir zum Beispiel gerade unsere Idee der aktiven Grundsicherung, die nicht bedingungslos sein soll und dort besprechen wir auch unsere sonstigen wirtschafts- oder gesellschaftspolitischen Ansätze. Am Ende muss natürlich die Partei das Programm verabschieden.



LANDTAGSWAHLEN 2019

Peer Oehler: Sind diese Begriffe aus Ihrer Sicht neutral oder irgendwie besetzt?

Dr. Frauke Petry: Sind sie nicht neutral, weil rechts negativ besetzt ist.

Peer Oehler: Was ist für Sie rechts?

Dr. Frauke Petry: Also, klassisch ist rechte Politik bürgerliche Politik. Und linke Politik ist staatstragende Politik. So war es im Frankfurter Paulskirchen-Parlament. Links saßen die Sozialisten, rechts saßen die Bürger. Und das hat sich durchaus als solches erhalten. Das Problem, was wir haben, ist, dass der Begriff „rechts“ zum Sinnbild für den Nationalsozialismus stilisiert wurde und dass die Linken es damit geschafft haben, möglichst viel politischen Raum zwischen sich und die Nazis zu bringen. Dabei haben die Menschen vergessen, dass die Nationalsozialisten auch nur Sozialisten waren. Sie waren halt nur nationalistische Sozialisten. Die Kommunisten dagegen waren globalistisch, also antinationale Sozialisten. Ich glaube tatsächlich, dass wir eine völlig verquere Ansicht von rechts und links in Deutschland haben. Es wird Zeit, dass der politische Begriff „rechts“ seine Bedrohung verliert. Man kann von Extremisten reden, auf beiden Seiten des Spektrums, da bin ich total dabei. Aber das mit den Begriffen „rechts“ und „links“ zu vermischen und damit ein Bild zu zeichnen, dass „links“ per se gut und rechts pauschalisiert böse ist, das macht die gesamte politische Szenerie kaputt.

Peer Oehler: Ich bin immer noch dabei, wie stark oder wie schwach die Blauen einen Staat haben möchten? Ich bin Staatsdiener. Staat ist für mich positiv besetzt. Ich möchte keine Gesellschaft ohne staatliche Reglementierung, weil Staat regelt und ordnet das, was ich allein nicht an notwendiger Ordnung durchsetzen kann.

Dr. Frauke Petry: Beschreibt es wunderbar! Und die Frage ist, wo der Staat reglementiert und wo er nicht mehr reglementiert.

Peer Oehler: Subventionen?

Dr. Frauke Petry: Die sollten immer nur auf begrenzte Zeit gewährt werden, weil sie den Markt verzerren. Sie sind ein staatliches Mittel zur Steuerung, führen aber meistens – und das sage ich aus meiner Erfahrung als Unternehmer und Politiker – zu Fehlsteuerungen von Märkten. Das beste aktuelle Beispiel ist die Energiewende. In den 90er Jahren hat man all die Energieversorgungsunternehmen, die zumindest teilweise in staatlicher Hand

waren, privatisiert. Und in dem Moment, wo es eine ideologische Vorgabe gab, hat man die gesamte Privatisierung rückabgewickelt, indem man eine planwirtschaftliche Energiewende verkündet hat, die nachweislich nicht funktioniert. Grundsätzlich kann ich über die Frage, muss Energieversorgung staatlicherseits geregelt sein, nachdenken. Es gibt gute Gründe für beide Varianten. Der Staat kann jedoch nicht die gesamte Wirtschaft kontrollieren. Aber Sie haben etwas anderes vorhin gesagt. Der Staat soll gewisse Dinge gewährleisten. Das Gewaltmonopol des Staates ist eine riesige Errungenschaft unserer Gesellschaftsordnung. und die muss auch Akzeptanz finden. Dafür muss der Staat mit seinen Staatsdienern, Polizisten, Justizbeamten usw., sorgen. Äußere Sicherheit gehört zwangsläufig auf der anderen Seite dazu. Genauso Infrastruktur, Straßen, Eisenbahn, Schifffahrtswege, Datennetze. Das sind riesige Aufgabenfelder, wo der Staat Daseinsfürsorge betreiben kann und muss. Auch bei Bildung bin ich dafür zu sagen, das soll staatlich geregelt sein. Ich kann aber auch die verstehen, die sagen, es reicht eine Prüfungspflicht statt Schulpflicht. Genderpolitik vorzuschreiben oder den Unternehmen vorzuschreiben, wieviel Platz zwischen Schreibtisch und Regal sein muss, das sind jedoch alles keine staatlichen Aufgaben und da hat der Staat in den vergangenen Jahrzehnten, auch mit Hilfe der Europäischen Union, ein irres Maß an Regularien aufgebaut. Der Staat überschreitet an diesen Stellen meiner Ansicht nach bei weitem seine Kompetenzen. Die Frauenquote in Führungsetagen von Unternehmen ist auch so ein Beispiel dafür.

Peer Oehler: Ich bin auch dafür, dass die Auswahl von Menschen nach Eignungskriterien erfolgt und nicht nach Kriterien, die eigentlich mit der zu erbringenden Leistung nichts zu tun haben. Gleichwohl will ich es gerne Parteien, vielleicht auch dem Staat einräumen, für das Kulturgut Gleichberechtigung auch Duftmarken zu setzen, um Leute zu zwingen, die von selber noch nicht draufkommen, über Gleichberechtigung nachzudenken.

Dr. Frauke Petry: Ich frage mich, wo es anfängt und wo es aufhört. Ich sage auch nicht per se „Nein“, aber die Erfahrung zeigt, dass eine Quote die nächste nach sich zieht. Weil Vernunft leider kein bestimmendes Element der

Politik ist. Sonst bliebe es ja bei Duftmarken.

Peer Oehler: Aber als Gewerkschafter sehe ich in detaillierter staatlicher Regulierung nichts Schlechtes. Ich möchte, dass für Arbeitnehmer in Sachsen, in Deutschland und in Europa einheitlich geregelt ist, wie hell es in einem Raum sein soll, in dem man arbeitet. Natürlich können sie das jetzt belächeln und fragen, ob man die Lux-Zahlen europaweit regeln muss. Ich finde das okay, wenn klar ist, dass die Portugiesen nicht im Dunkeln sitzen und die Deutschen im Hellen.

Dr. Frauke Petry: Aber das setzt voraus, dass Sie dem portugiesischen Unternehmer nicht zutrauen, da eine vernünftige Entscheidung selbst zu treffen.

Peer Oehler: Ja! Der Staat überlegt, inwiefern profitorientierte Unternehmen es sich gönnen, auf Arbeitnehmerinteressen Rücksicht zu nehmen. Das ist die Aufgabe des Staates. Und das ist nicht schlimm, das ist cool.

Dr. Frauke Petry: Das klingt total positiv, dass der Staat das alles machen soll, aber die Frage ist, mit welchem Aufwand tut er das am Ende. Grundsätzlich glaube ich, dass die allermeisten Unternehmen, gerade in der heutigen Zeit des Fachkräftemangels, sehr wohl wissen, was sie tun müssen, um ihre Leute zu halten. Dass jemand Arbeitsschutzmaßnahmen vermissen lässt, das kann man natürlich nie ausschließen. Aber weil eine Mehrheit der Menschen ein gewisses Maß an eigenständigem Denken und Vernunft im täglichen Leben mitbringt, ist die Frage, ob wir all diese Spezialregelungen brauchen. Wir bezahlen diese Standardisierungen von Lux-Zahlen und Platz für den Bürostuhl mit einem gigantischen Aufwand. Also ich hab nichts gegen den Antriebe, Dinge vergleichbar zu machen. Aber ich habe etwas gegen totale Gleichheit, weil die im Leben nicht existiert. Wir leben von Potenzialdifferenzen. Wir leben davon, dass einige fitter sind als andere und wir brauchen die Fitten, um andere mitzuziehen und deswegen halte ich den Wettbewerb für ein Grundelement einer fortschrittlichen Gesellschaft.

Peer Oehler: Sind Gewerkschaften, die ja klassischerweise für Arbeits- und Lebensbedingungen von Beschäftigten zwingende Regelungen fordern, für Sie positiv oder negativ besetzt?

Dr. Frauke Petry: Positiv!

Fortsetzung auf Seite 6



LANDTAGSWAHLEN 2019

Fortsetzung von Seite 5

Peer Oehler: Die Antwort habe ich erwartet.

Dr. Frauke Petry: Der Markt lebt von dem Spannungsfeld derer, die unterschiedliche Interessen haben und das wird nie anders sein. Die Frage ist nur, wo dieser Interessenausgleich passiert. Und meine Erfahrung aus der Wirtschaft ist, dass es in vielen mittelständischen Unternehmen sehr gut funktioniert, wenn es ein gemeinsames Interesse gibt, die Sache voranzubringen. Reden wir über Konzerne, in den es den Geist des Unternehmers nicht mehr gibt, wo Manager von einem Posten zum nächsten hüpfen und zwischendurch lukrativ abgefunden werden, geht diese Bindungskraft verloren. Da herrscht eine andere Unternehmenskultur. Da muss jemand Arbeitnehmerinteressen vertreten. Aber deswegen halte ich es auch für so wenig sinnvoll, alles über einen Kamm zu scheren. Aber dass Gewerkschaften als Interessenausgleich ein wirksames Mittel sind, finde ich in Ordnung. Ob sie sich in jeder Weise politisch so betätigen sollten, wie das die eine oder andere Gewerkschaft dann tut, das kann man im Einzelfall hinterfragen. Wenn beispielsweise der DGB zusammen mit der SPD den politischen Kampf gegen das rechte oder konservative Spektrum führt, wird der Auftrag von Gewerkschaften meiner Ansicht nach missbraucht und das halt ich für kritisch im Sinne der demokratischen Kontroverse.

Peer Oehler: Wie stellen Sie sich denn die Gesellschaft vor, die an diesen Kontroversen nicht zerbricht, sondern wieder zueinander findet. Ich glaube, die Mehrheit nimmt Frauke Petry respektive dann auch die Blauen, als polarisierend wahr und nicht als Punkt, auf den man sich im gesellschaftlichen Konsens einigt?

Dr. Frauke Petry: Da wäre meine Rückfrage: Nimmt man andere Parteien nicht als polarisierend wahr? Ich finde die Politik von Frau Merkel und dass wir unsere Grenzen nicht mehr schützen wollen, mindestens so polarisierend wie andere Aussagen, die ich vielleicht gemacht habe. Aber ich finde das gar nicht schlimm, wenn wir als

polarisierend wahrgenommen werden, weil Polarisierung notwendig ist, um eine Debatte anzustoßen.

Peer Oehler: Aber letztlich wollen Sie gesellschaftlichen Zusammenhalt?

Dr. Frauke Petry: Das ist richtig. Aber der Konsens kann nicht vor der Kontroverse kommen. Der Konsens ist das Ergebnis einer Diskussion und nicht der Anfangspunkt. Sie haben konkret gefragt, was müssten wir ändern? Eigentlich ist es nicht so schwierig. Ich versuch es meinen Kindern jeden Tag beizubringen, auch wenn sie sich streiten, denjenigen, der eine andere Meinung hat, trotzdem mensch-

Gesellschaft wünsche, die in der Lage ist, innerhalb der vorgegebenen Ordnung sich zu finden. Ich bin nur dann tätig, wenn ihr das nicht gelingt, wie bei Versammlungen, die einen gewalttätigen Verlauf nehmen. Polizei muss also immer ein Interesse an Gesellschaftsstabilität haben und daran, dass die Gesellschaft in der Lage ist, ihre Konflikte gut selber in den Griff zu kriegen.

Dr. Frauke Petry: Zivilisiert!

Peer Oehler: Zivilisiert!

Dr. Frauke Petry: Aber das, was ich meine, geht doch darüber hinaus. Sie beziehen sich richtigerweise auf das Einhalten von Gesetzen ...

Peer Oehler: ... und der gesellschaftlichen Normen?

Dr. Frauke Petry: Und dazu gehört der Respekt davor, dass der Staat am Ende die Regeln setzt, überwacht und diejenigen bestraft, die sich nicht dran halten. Gehen Sie mit Kindergartenkindern zur Polizei. Alle Jungs wollen da Polizisten sein. Da ist bei den allermeisten eine natürlich Sympathie für den Beruf da.

Peer Oehler: Eine nachvollziehbare.

Dr. Frauke Petry: Und Sie spüren vor allem auch eines: Respekt vor der Uniform oder vor dem, was die Uniform symbolisiert. Machen Sie das fünf, sechs, sieben Jahre später und Sie werden feststellen, dass der Respekt verloren geht und zwar in den letzten Jahren meiner Ansicht nach in einem viel



Frauke Petry (Vorsitzende Blaue Partei)

Foto: Stephan Pick

zu starken Maße. Das ist auch ein Grund, warum Präventionsprogramme meiner Ansicht nach viel sinnvoller sind. Das ist das eine. Was ich mit Respekt meine, geht aber noch darüber hinaus und hat damit zu tun, dass ich grundsätzlich mein Gegenüber als Menschen achte. Wir reden gern von Ausgrenzung und von Spaltung der Gesellschaft, aber wesentliche Teile der politischen Szene halten es für völlig legitim, aufgrund eigener politischer Meinungen zu erklären, wer noch zum demokratischen Korridor gehört und wer nicht. Ich halte es aus rein demokratischen Erwägungen für sehr problematisch, von Gruppen

lich und auf Augenhöhe zu betrachten und zu behandeln. Das ist eine Fähigkeit, die die Politik weitgehend verloren hat, aber sie ist eine Grundkompetenz in einer demokratischen Gesellschaft. Den anderen auszuhalten, unabhängig davon, welche Meinung er vertritt zu verschiedenen Themen. Und wenn ich dann von anderen Politikern höre, sie halten es ja schon für eine politische Erregungenschaft, dass sie den Raum nicht verlassen, wenn ich ihn betrete, dann kann ich nur sagen: ihr habt eine grundlegende Kompetenz von Demokratie nicht erworben.

Peer Oehler: Als Polizist bin ich insofern bei Ihnen, als dass ich mir eine



LANDTAGSWAHLEN 2019

von Bürgern, die sich möglicherweise auch zum Teil außerhalb der verfassungsmäßigen Grenzen bewegen, von vornherein zu behaupten, sie gehören nicht mehr dazu, weil ich damit eines nur erreiche: Ich verstärke die Spaltung. Und das ist vermehrt passiert und passiert immer noch. Die Entmenschlichung des politischen Gegners ist das, was die Diskussion am Ende kaputt macht.

Peer Oehler: Zumindest glaube ich auch, dass Polizei die Fähigkeit haben muss, im Interesse der Aufgabenbewältigung an alle Bevölkerungsgruppen „andocken“ zu können. Sind Sie mit der Vernetzung der sächsischen Polizei in der Bevölkerung als Blaue Partei zufrieden oder wie stellen Sie sich das vor?

Dr. Frauke Petry: *Naja, zufrieden sein kann ich nicht. Ich weiß, dass die Polizisten am Limit arbeiten. Aber wir haben schon seit Jahren die Diskussion, welche Auswirkungen die so genannte Polizeireform 2020 am Ende auf dieses Land gehabt hat. Und jetzt hat man auch in der Staatsregierung erkannt, dass man was ändern muss. Aber mit den praktischen Konsequenzen kämpfen wir ja weiterhin. Ich weiß nicht, ob Sie die Zahlen für die Absoluten haben, die jetzt fertig werden. 425 sollten es wohl sein und 313 sind es am Ende, die bestanden haben. Dann kommen zwar noch ein paar durch die Nachprüfung dazu. Aber viel mehr werden es nicht. Was da an Differenz bleibt, bildet ein gesamtes Polizeirevier wie hier in Pirna ab. Ich kann den politischen Willen etwas zu ändern, durchaus erkennen, aber ich sehe ihn nicht in ausreichendem Maße umgesetzt. Da fallen Prävention und Präsenz teilweise hinten runter.*

Peer Oehler: Na zumindest die Gewerkschaft der Polizei hat konsequent gesagt, dass man eine Personalberechnung braucht, um einfach mal herauszukriegen, wieviel Leute wir zur Erfüllung unserer Aufgaben brauchen.

Dr. Frauke Petry: Genau.

Peer Oehler: Was wir auch noch vom Sächsischen Landtag, also von Ihnen, bekommen, sind Befugnisse. Stichwort: Novelle des Polizeirechts. Sind Sie für mehr Befugnisse der Polizei, sind Sie Skeptikerin, sind Sie Ablehnerin?

Dr. Frauke Petry: *Ich gebe zu, dass wir in den vergangenen Jahren darüber häufig diskutiert haben, wieviel Überwachung wirklich notwendig ist. Wir stehen als Blaue Partei dazu, dass*

wir mehr Befugnisse für die Polizei wollen und dass wir das ständige Misstrauen gegenüber der Polizei, welches vornehmlich aus der linken Seite des Parlaments kommt, nicht verstehen können. Polizisten sind diejenigen, die ihre Haut zu Marke tragen und die ersten, denen es ans Leder geht, wenn auf der Straße was los ist. Wir haben für den Taser gekämpft und auch für eine Ermächtigung zur Onlinedurchsuchung. Wir haben die Kennzeichnungspflicht für Polizisten immer abgelehnt, die von den Grünen, Linken und der SPD gefordert wird. Für die Polizei wäre eine blau-schwarze Koalition deutlich erfolgreicher gewesen, denn wenn eine Blaue Partei die CDU inhaltlich vor sich her treibt, käme beim Punkt Sicherheit mehr für die Polizei raus, als mit der CDU und der SPD oder auch gar einer Koalition aus CDU, SPD und Grünen in Sachsen jemals möglich ist.

Peer Oehler: Worin unterscheiden Sie sich denn dann in der Innenpolitik von der CDU? Und allgemein überlege ich gerade, ob es nicht vollkommen normal ist, dass verschiedene Parteien trotzdem immer eine Schnittmenge haben, also Positionen, in der sie nahezu deckungsgleich sind.

Dr. Frauke Petry: *Schnittmengen gibt es Gott sei Dank immer, sonst wäre eine Zusammenarbeit so gut wie unmöglich. Ja, die Blaue Partei hat innenpolitisch Schnittmengen mit der CDU. Natürlich auch noch zu unserer ehemaligen Partei, also alles andere wäre auch sehr verwunderlich, und auch zur FDP, aber da ist es eher die Wirtschaftspolitik. Der wesentliche Unterschied bei der CDU ist, die redet viel und setzt dann am Ende wenig davon um. Weil sie am Ende inhaltlich eben nicht allein den Ton gibt und weil sie sich in den vergangenen Jahren in Sachsen dem Bundestrend nicht entziehen konnte. Und dass da die Merkel-Regierung nicht unbedingt im Sinne einer konservativen Politik agiert hat, das ist offensichtlich. Also, hätten die Sachsen eine Regierung in Berlin gestellt, hätten wir eine Grenzöffnung á la Merkel nicht gehabt, um jetzt mal das größte Thema zu nehmen. Auf der anderen Seite: Wenn das Problem einmal in Sachsen besteht, das der Bund eingebracht hat, dann muss Sachsen reagieren. Wer badet die Folgen aus, wenn der Bundespolizeistandort in Altenberg, um jetzt in meinem Wahlkreis zu bleiben, möglicherweise geschlossen und ins Landesinnere verlegt wird? Das baden die*

sächsische Polizei oder die Bundespolizei in Sachsen aus. Am Ende sitzen sie alle als Polizisten in einem Boot, unabhängig von den Kompetenzen. Sicherheitspolitisch rennt die sächsische Union am Ende der Bundes-Union eben nur hinterher. Und deswegen gibt's faktisch eine ganze Menge Unterschiede, weil das Programm einer Partei nur zu einem Bruchteil darüber entscheidet, wie die praktische Politik aussieht. Lesen Sie das Parteiprogramm der Union, vielleicht auch paar Jahre zurück. Das können wir heute fast 1:1 in unser Programm übernehmen, nur dass die CDU seitdem so nicht agiert hat. Und darauf kommt es am Ende aber für den Bürger an. Und auch für Sie als Polizist.

Peer Oehler: Ich habe den CDU-Landesvorsitzenden, Michael Kretschmar gefragt, ob er sich auf die Zeit nach der Landtagswahl freut, wenn er als Ministerpräsident einer schwarz-rot-gelb-grünen Landesregierung Flöhe hüten darf. Er drückte aus, dass er sich das nicht unbedingt wünscht. Wie sieht die Welt der Blauen nach der Landtagswahl in Sachsen gedanklich aus?

Dr. Frauke Petry: *Na, wir treten an, um mitzuregieren. Am Ende wollen wir Politik machen, um zu gestalten. Und Opposition ist zwar nicht gänzlich wirkungslos, aber doch nahezu. Und wir könnten der sächsischen Union helfen, wieder konservativer zu werden. Ob das den Bürgern am Ende reicht, ist eine andere Frage. Aber genau genommen kann die CDU sich nur entscheiden, will sie sich weiterhin von Linken, Grünen und SPD links inhaltlich treiben lassen und damit an konservativem Profil noch mehr verlieren als sie ohnehin verloren hat oder sucht sie sich einen Koalitionspartner, mit dem sie das, was die CDU in früheren Jahren mal ausgemacht hat, tatsächlich wirtschaftlich liberale und konservative Gesellschaftspolitik, machen kann. Aber wir wissen, dass es in der Politik häufig nicht um Inhalte, sondern um Eitelkeiten und verletzte Gefühle geht. Und ich weiß nicht, ob die CDU bereits verwunden hat, dass u.a. ich mit dafür verantwortlich bin, dass eine neue Kraft 2014 in den Landtag eingezogen ist. Dementsprechend groß sind auch die Berührungspunkte, was ich bedauere.*

Peer Oehler: Vielen Dank für das Gespräch.

Dr. Frauke Petry: Sehr gern.



Ernennung oder doch nur Feierlichkeit – Nein – Beides!

Zweieinhalb Jahre - eigentlich eine lange Zeit. Aber nicht im „Azubi-Dasein“ während der Ausbildungszeit zum Polizeibeamten an der PFS Leipzig.



So ist es zumindest den Auszubildenden des Jahrgangs 09/16 vorgekommen. Ruck zuck war die Ausbildungszeit vorbei und sie können jetzt das Gelernte anwenden. Ob in einer Polizeidirektion oder bei der Bereitschaftspolizei – jetzt kann das jahrelang Gebüffelte in die Praxis umgewandelt werden oder vielleicht doch anders herum?

In den letzten drei Jahren durften sich die Polizeischulen jeweils selbst den Kopf darüber zerbrechen, einen geeigneten Rahmen für dieses feierliche Ereignis zu schaffen und wenn man noch Geld auftreiben konnte, die Besten des Jahrganges auszuzeichnen. Und das Heutzutage, wo es schwer ist, junge Leute zu finden, welche für den Polizeiberuf geeignet sind und den Beruf erlernen wollen. Trotzdem gelang es der Polizeifachschule Leipzig auch in diesem Jahr, pünktlich am 27. Februar 2019, den würdigen Rahmen zu finden und mit Unterstützung des Polizeiorchesters die Ernennung durchzuführen. Die drei Besten des Jahrgangs konnten mit Unterstützung der KG BePo Leipzig der Gewerkschaft der Polizei (GdP) auch ausgezeichnet werden.

Aber nun die Wende in der Wertschätzung für die erfolgreichen Absolventen der Polizeifachschulen und des Jahrganges 09/16!

Wenn auch verspätet (am 8. März 2019) fand im ehrwürdigen Gewandhaus zu Leipzig eine Feierstunde für alle – nun schon im ganzen Freistaat verteilten Polizeimeister/innen – statt. Als Gast war unter anderem für kurze Zeit Herr Oberbürgermeister Burkhard Jung anwesend. Der Sächsische Innenminister und der Landespolizeipräsident ließen sich entschuldigen. Für den Innenminister war Herr Amtschef Thomas Rechentin anwesend. Weiterhin nahmen die Präsidenten der Polizeidirektionen an der Veranstaltung teil. Der Leiter des Präsidiums der Bereitschaftspolizei, Herr Polizeipräsident Dirk Lichtenberger, eröffnete die Feierstunde und das Polizeiorchester untermalte die Veranstaltung. Nach genau einer Stunde war die Feierstunde beendet und alle konnten wieder in ihre Heimatorte zurückkehren, auch in die weiter entfernten Orte im Freistaat Sachsen. Bleibt zu hoffen, dass es

sich bei der Veranstaltung nicht um eine einmalige Sache handelte und es in den nächsten Jahren wieder eine würdige Ernennungsveranstaltung für alle PMA/innen geben wird.

Ein paar Zahlen zum Jahrgang 09/16 gibt es auch noch, welche zeigen, dass nicht alle Schüler, welche eine Ausbildung 2016 begonnen haben, auch auf der Straße angekommen sind. So haben 405 PMA's die Ausbildung begonnen und 314 wurden ernannt. Das macht einen Verlust von 91 Beamten (22,47 Prozent). Davon sind 48 (11,85 Prozent) komplett ausgeschieden und 43 (10,61 Prozent) müssen den Wiederholungsdurchgang nutzen.

Die GdP wünscht allen ernannten Polizeimeisterinnen und Polizeimeistern alles Gute für ihren weiteren Berufsweg und den „Wiederholern“ viel Erfolg für die Nachprüfungen – auch ihr werdet gebraucht!!

M. Pfützner



„DIE GdP. EINE FÜR ALLE.“

Gewerkschaft der Polizei



HAUPTSCHWERBEHINDERTENVERTRETUNG

Wahl der Hauptschwerbehindertenvertretung

Am 6. März 2019 fand die regelmäßige Wahl der Hauptschwerbehindertenvertretung der Polizei im Freistaat Sachsen statt.

In ihrer Wahlversammlung wählten die wahlberechtigten örtlichen Vertrauenspersonen die bisherige Hauptvertrauensperson, Herrn Steffen Kutschera (PD Leipzig), erneut zu ihrer Hauptvertrauensperson.

Zu stellvertretenden Mitgliedern der Hauptschwerbehindertenvertretung wurden gewählt:

- Stellvertreterin
Frau Isolde Schimak/PD Chemnitz
 - Stellvertreter
Herr Andreas Zachmann/FHPol
 - Stellvertreterin
Frau Anja Weise/PD Dresden
 - Stellvertreterin
Frau Peggy Ulrich/PD Leipzig
- Allen Gewählten „Herzlichen Glückwunsch!“, vielen Dank für die Übernahme dieser Aufgabe und viel Erfolg bei der Arbeit!

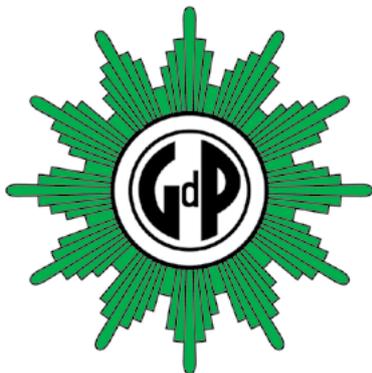


Die Gewählten: Steffen Kutschera (1. v. l.), Isolde Schimak (6. v. l.), Andreas Zachmann (7. v. l.), Anja Weise (8. v. l.), Peggy Ulrich (9. v. l.)
Foto: Andreas Zachmann

BEZIRKSGRUPPE DRESDEN

Hallo Olaf

wir werden immer an dich denken, deine Kollegen der A-Schicht des Objektschutzes der PD Dresden.



*Der Abschied,
er ist nun gekommen.
Das Liebste wurde
uns genommen.*

*In tiefer Trauer
knien wir nieder.
Doch eines ist sicher –
wir sehen uns wieder.*



www.trauersprueche.today



Stand des Gesundheitsmanagements in ...

... Sachsen-Anhalt

Gesundheitsmanagement in der Polizei (GiP) wurde im Jahr 2003 unter Federführung des MI eingeführt. Das Projekt möchte durch zielgerichtete Maßnahmen die Dienstabläufe, die Organisation und das Verhalten am Arbeitsplatz gesundheitsförderlich gestalten.

Ziel dieser Maßnahmen ist es, den Gesundheitszustand, das Wohlbefinden und die Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten langfristig zu erhalten, zu verbessern und eine damit verbundene Senkung des Krankenstandes zu erreichen.

Anlass zur Einrichtung des Projektes waren die zuvor gewonnenen alarmierenden Erkenntnisse über hohe Krankenstände, die zunehmende Zahl von nur noch eingeschränkt dienstfähigen Polizeivollzugsbeamten, der Anstieg der vorzeitigen Pensionierungen wegen Polizeidienstunfähigkeit, Besonderheiten im Krankheitsgeschehen, das hohe Dienstanfallaufkommen sowie das in den nächsten Jahren steigende Durchschnittsalter der Beschäftigten.

Für die erfolgreiche Verwirklichung dieser Zielsetzung, sind die Leistungsfähigkeit und Gesundheit der Beschäftigten, ihre Arbeitsmotivation in einem angenehmen Betriebsklima sowie Qualifikation und Reformbereitschaft eine unabdingbare Voraussetzung. Beschäftigte sowie der Dienstherr haben hier ein gemeinsames Interesse.

Soweit zur theoretischen Abhandlung.

Praktisch tagt der Arbeitskreis „GiP“ regelmäßig und stellt immer fest, dass Gesundheitsvorsorge Geld und Personal kostet.

Beides wurde bisher nie wirklich bereitgestellt. Lediglich in der PI Halle wurde etwas getan, der Rest veranstaltet Alibiveranstaltungen. Bei den Betroffenen, unseren Polizeivollzugsbeamten, ist vom „GiP“ nichts zu spüren. Die Polizeiverwaltung ist das „Stiefkind“ im GiP. Ein erfolgversprechendes Pilotprojekt wird leider nicht weiterverfolgt.

Zusammenfassung: GiP – Ein Trauerspiel in Sachsen-Anhalt

... Thüringen

Behördliches Gesundheitsmanagement (BGM) in der Thüringer Polizei, dies scheint der Titel zu einer unendlichen Geschichte zu sein. Über Jahre schlummerte ein Entwurf zur Installation eines BGM für die Thüringer Polizei in einem Schreibtisch der Polizeiabteilung des Thüringer Innenministeriums. Im Jahre 2017 hat die GdP Thüringen die Beschäftigten der Thüringer Polizei zu ihrem Befinden befragt und das Ergebnis dieser Befragung ist erschreckend. Die GdP Thüringen hat in einer Pressekonferenz gemeinsam mit dem Thüringer Innenminister Georg Maier festgestellt, dass es eigentlich schon kurz nach zwölf ist, um endlich etwas für die Gesunderhaltung unser Kollegen/-innen zu tun.

Jetzt, ein Jahr nach dieser Pressekonferenz, ja die Mühlen im öffentlichen Dienst malen wirklich langsam, wurde eine Stabsstelle zum BGM eingerichtet. Die GdP wird in dieser Stabsstelle vertreten sein. Bis Ergebnisse aus der Stabsstelle vorliegen, wird es womöglich aber wieder dauern. Aus Sicht der GdP Thüringen ist ein sofortiges Handeln notwendig. Die psychologische Betreuung, eben nicht erst im Falle einer Erkrankung, sondern als präventive Maßnahme eines BGM, muss sofort wiederbelebt werden. Es ist selbsterklärend, dass nur ein personell und fachlich gut ausgestatteter „Polizeipsychologischer Dienst“ mehr als 7000 Beschäftigte betreuen kann. Es ist genauso unabdingbar, den Polizeiarztlichen Dienst und den Bereich der Arbeitsmedizin personell auf gesunde Beine zu stellen. Da der demografische Wandel auch an der Thüringer Polizei nicht spurlos vorbeigeht, hier gibt es Dienststellen, in denen das Durchschnittsalter der Beschäftigten bei deutlich über vierzig Jahren liegt, muss alles dafür getan werden, die Polizei arbeitsfähig zu halten. Dafür muss jetzt ein BGM, orientiert an den Bedürfnissen der Beschäftigten, geschaffen werden.

Kai Christ

... Sachsen

„Behördliches Gesundheitsmanagement (BGM)“ in der Polizei des Freistaates Sachsen ist ein Gesamtsystem, bestehend aus den Handlungsfeldern Organisationsentwicklung und Behördenkultur, Personalmanagement und -entwicklung, Betriebliche Gesundheitsförderung sowie Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit, zum Wohle der Gesundheit und dem Erhalt der Leistungsfähigkeit von Bediensteten.

Im Rahmen der „Betrieblichen Gesundheitsförderung“ steht den Bediensteten der sächsischen Polizei eine Vielzahl präventiver Maßnahmen zur Verfügung. Es werden überwiegend Maßnahmen der Themenfelder Sport und Bewegung, Ernährung, organisations- und personenbezogene Führung sowie Stressbewältigung angeboten. Diese Angebote führen auf individueller Ebene zu einer Stärkung des Gesundheitsbewusstseins bzw. -verständnisses und auf behördlicher Ebene zur Senkung der Gesundheitskosten und Fehlzeiten.

Um weitere positive Effekte zu erzielen, beschäftigt sich das Gesundheitsmanagement derzeit mit folgenden Schwerpunkten:

- Netzwerkaufbau und Netzwerkpflge,
- Entwicklung einer „BGM-Kommunikationsstrategie“ nach innen,
- Mitwirkung bei der Implementierung von neuen gesundheitsfördernden Strukturen.

Mit der Einstellung weiterer Gesundheitsmanager/-innen wird ein kontinuierlicher Prozess (weiter)entwickelt, der sich mit der Analyse, Planung, Umsetzung und Evaluation der Handlungsfelder und Schwerpunkte des „Behördlichen Gesundheitsmanagements der Polizei des Freistaates Sachsen“ in den Dienststellen und der PolFH beschäftigt.

Matthias Büschel

